

# Griechenland: Olympiade 2004 und EU-Zahlungen stimulieren die Konjunktur – zunächst noch. Aber dann?

Oscar-Erich Kuntze

Anhaltend hohes Wirtschaftswachstum 2002. 2003 und 2004 kräftige Impulse durch die Olympiade 2004. Auch Geld-, Lohn- und Finanzpolitik stimulieren. Aufwertung des Euro brems. Wirtschaftsreformen stocken. Weitere allmähliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Anhaltend rascher Preisanstieg. Weiterhin beträchtliche Defizite der Leistungsbilanz.

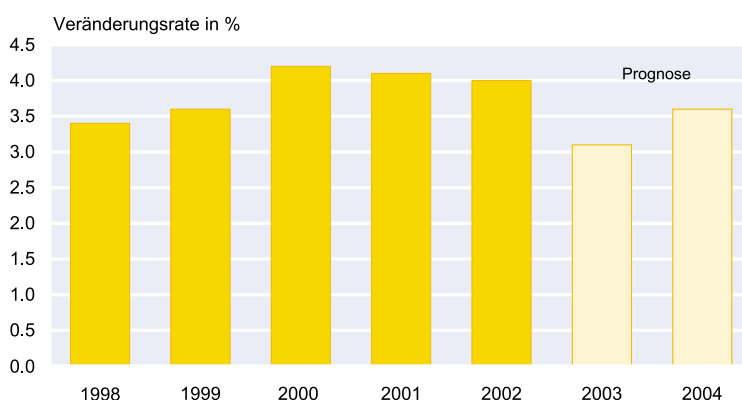
Das soziale und politische Umfeld bleibt geprägt vom Spannungsfeld zwischen der aktionswilligen, aber durchsetzungsschwachen Administration einerseits und starken oppositionellen Strömungen mit den von großen Teilen der Bevölkerung gestützten Gewerkschaften als Speerspitze andererseits. Mittels massiver Streiks werden Anläufe zu strukturellen Reformen – vor allem der Rentenversicherung – immer wieder abgeblockt. Zwar musste die Regierungspartei PASOK bei den Kommunalwahlen im Herbst 2002 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen, und ihre Sympathiewerte bei der Bevölkerung gingen erheblich zurück. Aber die griechische EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2003, besonders die Aufnahme des südlichen Teils von Zypern – dessen Chancen auf eine Wiedervereinigung mit dem seit 1974 abgespaltenen Norden zuletzt erheblich gestiegen sind – in die EU haben das Ansehen der Regierung inzwischen wieder gehoben. In vielfacher Weise günstig wirkt sich zudem die anhaltende Entspannung des Verhältnisses zur Türkei aus.

Das im Parlament auf eine absolute Mehrheit gestützte Kabinett Simitis kann den Parlamentswahlen im April 2004 keineswegs beruhigt entgegensehen. Nicht nur die ihr ideologisch eigentlich nahestehenden kampffreudigen Gewerkschaften (Organisationsgrad im Jahre 2000 32,5%), sondern auch der linke Flügel der PASOK legen ihr nach wie vor große Steine in den Weg. Beide werfen dem Premier permanenten Verrat an sozialistischen Idealen vor, gestützt auf jene Wähler, die durch Deregulierungen und Liberalisierungen Nachteile erleiden oder erleiden könnten. Außerdem entfremdet sich die Landbevölkerung, lange Zeit eine wesentliche Stütze der PASOK, dieser immer mehr. Zwar kam es bei den Kommunalwahlen im Herbst 2002 nicht zum vielfach erwarteten Erdrutschsieg der ein-

zigen bedeutenden Oppositionspartei Nea Demokratia (ND). Doch hat sich diese innerlich erheblich gefestigt, seitdem ihre bis Mitte 2000 ausgeprägte Zerstrittenheit beendet werden konnte. Sie und ihr Vorsitzender Karamanlis profitieren von den scheiternden Reformanläufen der Regierung und liegen Umfragen zufolge in der Wählergunst nun vor der PASOK. Doch ist nicht zu sehen, wie sie die Reformunwilligkeit im Lande überwinden will, käme sie 2004 an die Regierung.

Es ist daher weiterhin mit sozialer Unrast zu rechnen, falls die Regierung mit ihren Reformversuchen fortfährt. Bereits im Herbst 2000 hatte ein erfolgreicher, gegen die Privatisierung von Staatsunternehmen gerichteter Generalstreik stattgefunden. Im Frühjahr 2001 folgte ein weiterer, welcher eine Neuordnung der hochdefizitären Sozialversicherung abblockte und an dem sich sogar gesellschaftliche Kräfte – wie etwa die griechisch-orthodoxe Kirche – beteiligten, die noch nie in der Geschichte des modernen Griechenlands in den Ausstand getreten waren. Mitte 2002 wiederholte sich diese Übung, erneut mit einer geplanten Sanierung der Sozialversicherung als Ursache, die den

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Arbeitgebern noch nicht weit genug, den Arbeitnehmern aber schon zu weit ging. Der reformpolitische Spielraum jedweder Regierung dürfte auch auf mittlere Sicht sehr gering bleiben. Das gilt auch für die Bemühungen um moderate Lohnaufbesserungen, wie der Mitte Mai erfolgte eintägige Generalstreik im öffentlichen Dienst zeigt. Auf diesem Wege wollen die Gewerkschaften höhere Gehaltsaufbesserungen durchsetzen.

Ein wesentliches Ereignis war die **griechische EU-Präsidentschaft**, welche sich wohltuend von vorherigen Stabführungen Griechenlands unterschied. Sie wurde dominiert von der bereits im zweiten Halbjahr 2002 unter dänischer Regie abschließend ausgehandelten EU-Erweiterung. Die Verträge zur Aufnahme von drei baltischen und fünf mitteleuropäischen Ländern sowie Maltas und Zyperns zum 1. Mai 2004 wurden im April 2003 in Athen unterzeichnet. Neben anderen Ambitionen ist allerdings der Versuch gescheitert, diese Präsidentschaft zu einer verstärkten Wahrnehmung griechischer Interessen auf dem Balkan zu nutzen.

Die vor einigen Jahren angebahnte **Entspannung des Verhältnisses zur Türkei** wurde fortgeführt und vertieft. Griechenland ist sogar zu einem der beredtesten Befürworter einer türkischen EU-Mitgliedschaft geworden. Und es sieht so aus, als ob die historisch bedingt ausgeprägte Gegnerschaft der beiden Länder tatsächlich zu einem Abschluss gebracht werden könnte. Das Ende des gegeneinander gerichteten Wettrüstens wirkt sich schon jetzt positiv auf die griechischen Staatsfinanzen aus.

Die **Wirtschaftspolitik** wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode weiterer Reformvorstöße und anderer unpopulärer Maßnahmen enthalten. Das bedeutet u. a. auch eine eher lasche Finanzpolitik, wie sie die aus dem Ruder laufenden Kosten für die Olympiade ohnehin bedingen. Von dieser Seite wird die Konjunktur also nicht gebremst. In gleicher Richtung wirkt die Lohnpolitik, zumal sich Regierung und Unternehmen mit Blick auf die 2004 in Athen stattfindenden Olympischen Spiele und die hierzu auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen keine Arbeitskämpfe leisten können und beträchtliche Lohn erhöhungen konzedieren müssen.

### Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,4%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 0,3%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,4%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 0,8% und in Deutschland um 0,2%.

Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% expandiert.

In **Griechenland** entwickelte sich die Konjunktur – ganz im Gegensatz zu den anderen westeuropäischen Ländern – besser als ursprünglich erwartet und erheblich günstiger als im westeuropäischen Durchschnitt. Die Zunahme von Nachfrage und Angebot blieb unverändert kräftig aufwärts gerichtet, wenn man auf die, wie 2001 4% betragende, **Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts** abstellt. Im Verlauf ergab sich jedoch nach einer sehr kräftigen Aufwärtsentwicklung im ersten Halbjahr eine Verlangsamung während der zweiten Jahreshälfte, da die Inlandsnachfrage etwas an Schwung verlor und der Export zurückgegangen ist. Die kräftigsten Impulse kamen von den **Bruttoanlageinvestitionen**, die ihrerseits von den Vorbereitungen auf die Olympiade und den kräftigen Zuflüssen von Mitteln aus EU-Fonds stimuliert wurden. Auch der **Staatsverbrauch** weist (nach einer Abnahme im Jahre 2001) eine hohe Zuwachsrate auf. Der private Konsum verlor im Laufe des Jahres allmählich an Dynamik. Beim Export verstärkte sich der vorjährige Rückgang zu einem kräftigen Einbruch. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich in Relation zum BIP auf 4,7%. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich etwas, und die Arbeitslosenquote fiel auf 9,9% im Jahresdurchschnitt. Bedenklich blieb die Inflationsentwicklung. Mit 3,9% im Schnitt des Jahres stiegen die **Konsumentenpreise** noch etwas lebhafter als 2001, während sich die Teuerung im Euroraum insgesamt leicht verlangsamte.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (sie beliefen sich 2001 auf 22,8% des BIP, wovon knapp zwei Drittel auf Bauinvestitionen entfielen) sind beschleunigt gestiegen und übertrafen das Niveau von 2001 um 6,7%. Der Boom wurde allerdings weitestgehend von den Bauinvestitionen getragen, angestoßen durch reichlich fließende Mittel aus EU-Fonds – u. a. wird das für den Ausbau von Häfen, Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln konzipierte Programm 2001/2006 im Umfang von 9,3 Mrd. € zu einem Drittel von der EU finanziert – sowie die forcierten Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Olympiade 2004. Letztere konzentrierten sich auf den Großraum Athen, was teilweise auf Kosten anderer Landestelle ging, wie u. a. die Verschiebung dringender Projekte in Thessaloniki. Auch das Hotel- und Gaststättengewerbe bereitet sich mit Renovierungen und Neubauten intensiv auf die Olympischen Spiele vor. Zudem erhielt der private Wohnungsbau erhebliche Anstöße von den erheblich gesunkenen Hypothekenzinsen und den kräftig gestiegenen

realen verfügbaren Einkommen. Die Ausrüstungsinvestitionen haben nur um 3,4% und damit etwas langsamer als im Vorjahr expandiert, obwohl die Kapazitätsauslastung bis zum Herbst spürbar gestiegen ist und die Kreditzinsen gesunken sind. Die ab Jahresmitte erkennbare Abschwächung der Weltkonjunktur und die deutlich verschlechterte Auftragslage haben das Investitionsklima wohl erheblich stärker negativ beeinflusst, als das im Geschäftsklima der verarbeitenden Industrie zum Ausdruck kommt. Trotz bis zum Herbst merklich erhöhter Kapazitätsauslastung scheint auch unter dem Druck des starken Lohnauftriebs ganz überwiegend in Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert worden zu sein, worauf u.a. der spürbare Anstieg der Arbeitsproduktivität hindeutet.

Der **private Konsum** (Anteil am BIP 2001 68,4%) ist bei stagnierender Beschäftigung um 2,5% expandiert. Stimulierend wirkten vor allem die mit 3,1% kräftig erhöhten Reallöhne; im Schnitt der EU errechnen sich nur 1%. Hinzu addieren sich Effekte der Einkommensteuersenkung, welche vorwiegend Beziehern geringer und mittlerer Einkommen zugute kam. Zusätzlich erhielten einkommensschwache Familien im Rahmen der »Politik für soziale Solidarität« eine Erhöhung des Kindergeldes sowie zusätzliche Beihilfen, so sie in Berg- oder wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen leben. Steuerlich wurden also Bevölkerungskreise begünstigt, deren marginale Konsumquote überdurchschnittlich hoch ist. Zudem verharrte die Sparquote auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Und schließlich regten die gesunkenen Zinsen, unterstützt von einem aggressiven Marketing der Kreditinstitute, die Konsumentenverschuldung weiter an. Der Absatz von dauerhaften Gütern nahm überdurchschnittlich zu. Besonders Einrichtungsgegenstände wurden im Zuge der boomenden Wohnbautätigkeit lebhaft gekauft. Der **Staatsverbrauch** (BIP-Anteil 2001 15,3%) erhöhte sich um 6,2%, wesentlich bedingt durch die stark gestiegenen Bezüge im öffentlichen Sektor.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen ist um 4,5% eingebrochen; im westeuropäischen Durchschnitt errechnet sich ein leichtes Plus. Dies ist ein Indiz für eine strukturelle, angebotsseitig bedingte Exportschwäche, verstärkt durch sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit u.a. infolge hoher Lohnsteigerungen und nachhinkender Produktivitätszunahme. Obwohl sich die Einnahmen aus dem Seetransport einigermaßen hielten und der Ausländertourismus sogar kräftig zulegen konnte, ging der Warenexport auf breiter Front zurück – besonders ausgeprägt in Richtung Nordamerika, was auch auf die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen ist. Allerdings liegt der Ausfuhranteil dieser Destination lediglich bei 6%. Sehr viel schwerer wogen hingegen die ebenfalls vorwiegend konjunkturell bedingt erheblich gesunkenen Lieferungen nach dem übrigen Westeuropa, das rund die Hälfte der Warenexporte abnimmt. Da die **Einfuhr** nur etwa halb so stark

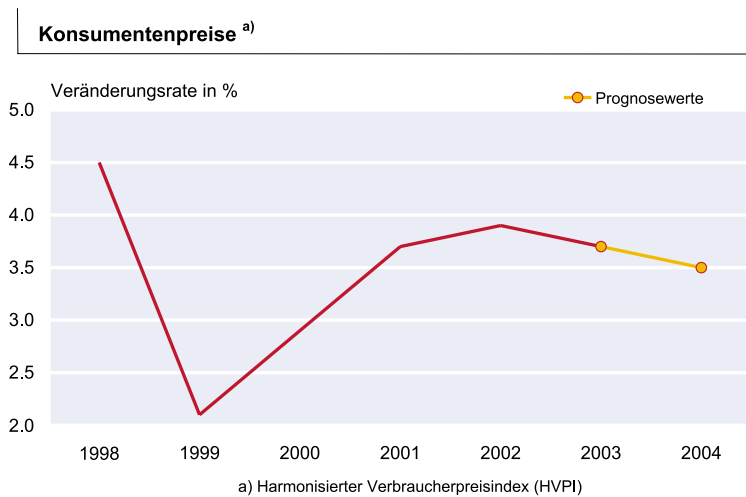
schrumpfte wie die Ausfuhr, weist die Leistungsbilanz einen auf 4,7% des BIP gestiegenen Fehlbetrag aus, obwohl sich die Terms of Trade wesentlich verbessert haben.

Die Preisentwicklung blieb ein Schwachpunkt der Wirtschaftsentwicklung. Im Schnitt des Jahres stiegen die **Konsumentenpreise** um 3,9%; im westeuropäischen Durchschnitt waren es 2%. Die Einführung des Euro-Bargelds – der Umtausch von Noten und Münzen verlief problemlos und war bereits nach zwei Wochen nahezu abgeschlossen – hat hierbei auch eine Rolle gespielt, obwohl die Geschäfte das ganze Jahr über ihre Preise in Drachmen und Euro ausgezeichnet haben und die Bevölkerung in praxi weiter in Drachmen (1 € gleich 340,75 Drachmen) rechnete. Abgesehen von einer Phase sinkender Preise um die Jahresmitte, nahm die Teuerung im Verlauf kräftig zu. Ursachen waren neben der guten konjunkturellen Entwicklung starke Preisaufschläge vor allem bei frischen Nahrungsmitteln (wetterbedingt), Anhebungen administrierter Preise (etwa im Juli bei Arzneimitteln) und bei Dienstleistungen. Dieser Sektor hat die Euro-Bargeldeinführung recht ungeniert zu Preisaufschlägen genutzt, die vielfach bis zu einer Verdoppelung reichten.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage trotz kräftig wachsender Wirtschaft nur leicht gebessert. Die Beschäftigung hat gegenüber 2001 annähernd stagniert. Denn die Arbeitsproduktivität ist spürbar gestiegen, da die Unternehmen durch forcierte Rationalisierung die hohen Lohnsteigerungen zu kompensieren versuchten und per saldo keine Neueinstellungen vorgenommen haben. Die Arbeitslosenrate ist im Jahresdurchschnitt leicht auf 9,9% gesunken. Weiterhin weit überdurchschnittlich blieb die Arbeitslosenquote bei Frauen (15,4%) sowie bei Jugendlichen unter 25 Jahren (27%).

### Wirtschaftspolitik

Primäres wirtschaftspolitisches Ziel bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie eine tragfähige finanzielle Fundierung der sozialen Sicherungssysteme. Hinzu addieren sich Deregulierungen sowie die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, zunächst fokussiert auf den Treibstoff- und Energiesektor. Auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – seit Jahren ein wichtiges wirtschaftspolitisches Traktandum – soll vorangetrieben werden, zumal die bisherigen Fortschritte sehr bescheiden ausfielen. Auf die Konjunktur gehen von der Wirtschaftspolitik unterschiedliche Impulse aus, die insgesamt einen leichten Impuls ergeben. Anregungen kommen von der Geld- und von der Lohnpolitik. Die Finanzpolitik wird leicht expansiv wirken. Andererseits wird der bremsende Effekt der seit Anfang 2002 laufenden Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar heuer voll spürbar.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Von der Geldpolitik bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% im Durchschnitt der Jahre, fest (seit Mai 2003 soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe 2%« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstum verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf; diese Vorgabe wird ab Mai 2003 nicht mehr jährlich festgelegt, sondern bei Bedarf angepasst. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,3% (im März 2003 um 7,9% über dem Niveau vom März 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 3,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75% und im März 2003 auf 2,5% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Im Laufe dieses Jahres kann mit einer oder zwei weiteren Lockerungen gerechnet werden, so dass der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reicht. Für Griechenland wären die Zinsen unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten mit Blick auf die pro Kopf der Bevölkerung immer noch erheblich unter dem EU-Durchschnitt liegende Wirtschaftsleistung

etwa angemessen. Unter stabilitätspolitischen Aspekten sind sie hingegen angesichts der kräftigen Teuerung zu niedrig. Nach dem ölpreisbedingten Teuerungsschub im zurückliegenden Winterhalbjahr ist ab dem zweiten Quartal 2003 konjunkturbedingt eine nur leichte Beruhigung des Preisauftriebs wahrscheinlich; 2004 liegt die Inflationsrate trotz der preisstabilisierenden Dollar-Abwertung weiter erheblich über dem westeuropäischen Mittel; der Euro hat 2002 im Vergleich zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen. Im April 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 22,6%, wobei der Euro-Kurs aber immer noch unter den Niveau der Jahre 1997 und 1998 lag, dieses zuletzt aber gestreift hat. Zu dieser Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die Finanzpolitik dürfte im laufenden Jahr und auch 2004 leicht expansiv auf die Konjunktur wirken. Der konsolidierungsorientierte Kurs soll jedoch grundsätzlich fortgesetzt werden, wesentlich begünstigt durch die fortgesetzte Umwandlung hochverzinslicher öffentlicher Anleihen aus den Inflationszeiten in niedrigverzinsten Bonds. Hinzu addiert sich das Abgleiten des Dollarkurses gegenüber dem Euro, was den Tilgungs- und Zinsendienst auf die in US-Dollar denominierten Anleihen – sie machen etwa ein Viertel der öffentlichen Auslandsverschuldung aus – erheblich verbilligt. Zudem sollen allein heuer 2,2 Mrd. € an Privatisierungserlösen hereinkommen und zur Schuldentilgung verwendet werden. Dies ist trotz der international und auch in Athen darniederliegenden Kapitalmärkte eine einigermaßen realistische Annahme, handelt es sich doch vor allem um Anteile an attraktiven Gesellschaften des Elektrizitäts- und Erdölsektors. Außerdem konnten bei dem weit überzogenen Rüstungsprogramm infolge des sich zunehmend entspannenden Verhältnisses zur Türkei Abstriche vorgenommen werden; der Verteidigungsetat entspricht knapp 5% des BIP. Und schließlich kann ein hohes öffentliches Investitionsvolumen beibehalten werden, dank der aus EU-Fonds hereinströmenden Mittel, die in Höhe von 20 Mrd. € für den Zeitraum 2000/2006 zugesagt worden sind; im Schnitt der Jahre 1997/2001 machten die Zuwendungen der EU 5% des BIP aus und deckten 12% der Staatsausgaben. Im Staatshaushalt 2003 ist eine Zunahme der Einnahmen um 5,1% vorgesehen, wäh-

rend die Ausgaben um 6% steigen sollen. Diese annähernd konjunkturalneutral konzipierte Linie ist indes kaum durchzuhalten, denn die Ausgaben dürften stärker expandieren als geplant. Erstens erscheint das dem Budget zugrunde liegende reale Wirtschaftswachstum angesichts der sich nur schleppend erholenden Weltkonjunktur mit 3,8% zu hoch angesetzt. Zweitens zeichnet sich ab, dass die ganz überwiegend vom Staat zu tragenden Kosten der Olympischen Spiele 2004 mit 7,3 Mrd. € (1997 waren 2,5 Mrd. € veranschlagt worden) immer noch zu niedrig budgetiert sind, da u.a. die Bauvorhaben viel mehr kosten als geplant. Dies, obwohl bereits eine Reihe von bei der Bewerbung zugesagten Projekten gestrichen wurden. Zudem wird die 2001 gestartete Steuerreform fortgeführt, was auf einen Einnahmeausfall von reichlich 3 Mrd. € hinausläuft. So sind die Grundsteuern sowie der Körperschaftsteuersatz nicht börsennotierter Unternehmen auf 35% gesenkt worden. Ferner wurde der Spitzensatz der Einkommensteuer von 45% im Jahre 2000 sukzessive auf heuer 40% herab- und der allgemeine Grundfreibetrag so kräftig heraufgesetzt, dass die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt keine Einkommensteuer mehr zahlt. Die Steuertarife sind zudem mit der Inflation indiziert worden. Auch die hohen Erbschaftssteuern hat man ermäßigt. Mit Schwerpunkt bei den eine hohe marginale Konsumneigung aufweisenden unteren Einkommensschichten wurde der gesamte Steuertarif abgesenkt. Zudem läuft das staatliche 10 Mrd.-€-Programm 2002/2004 zur verstärkten Bildungs- und Beschäftigungsförderung, zur Armutsbekämpfung sowie zum rascheren Ausbau des Gesundheitswesens nun voll an. Ein Problem bildet auch hier die hochdefizitäre Sozialversicherung – das Defizit belief sich 2002 auf 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% des BIP – (deren Zuschussbedarf vermutlich unterschätzt wurde), da die Renten durchschnittlich 80% des letzten Lohnes ausmachen, ca. 40% der Rentner bereits ab 60 eine volle Rente beziehen und vor allem die Lebenserwartung bei sinkender Geburtenrate – aber beträchtlicher Zuwanderung – noch schneller steigt als in den anderen westeuropäischen Ländern. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die mit der EU-Kommission abgesprochenen Konsolidierungsziele in diesem und im kommenden Jahr erreicht werden können, d.h. die öffentlichen Haushalte werden weiterhin keine Überschüsse, sondern Fehlbeträge ausweisen, und die Verschuldung der öffentlichen Hand sinkt in Relation zum BIP lediglich auf eine Größenordnung von 100%. Zusammen mit der Sozialversicherungsproblematik und dem generell zähen Reformprozess resultiert hieraus in Zukunft ein erhebliches finanzpolitisches Risiko, auch wenn ab 2005 die Olympia-Belastungen entfallen. Denn mit der Ost-Erweiterung der EU werden die Zuweisungen aus den Fördertöpfen für die Altmitglieder gekürzt. Die privatisierungswürdigen Filetstücke der Staatsunternehmen sind bis dahin weitestgehend veräußert. Und es zeichnet sich nicht ab, dass die griechische Wirtschaft auf mittlere Sicht genügend Potenz entwickelt, um aus eigener Kraft weiterhin schneller als der EU-Durchschnitt wachsen zu können, zumal wenn man die seit

einiger Zeit überrissenen Lohnsteigerungen beibehält. Die vorgesehene Senkung der Staatsschuldenquote auf 60% des BIP im Jahre 2010 droht damit zur Fata Morgana zu werden. Für 2002 wird die öffentliche Verschuldung mit 104,9% des BIP (1996 war mit 111,3% der bisherige Höhepunkt erreicht worden) ausgewiesen, nachdem man ursprünglich 99,7% gemeldet hatte. Die EU hatte diese Revision unter Hinweis auf nicht oder nur teilweise verbuchte Steuerrückzahlungen sowie auf den ungenau angegebenen Kreditbedarf der Armee durchgedrückt. Auch hatte die Regierung Firmen gegründet, die auf dem Luxemburger Kapitalmarkt Kredite aufnahmen, welche mit künftigen Zuflüssen aus dem EU-Strukturfonds besichert wurden. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand dürfte heuer auf 1,3% des BIP steigen, nachdem es 2002 auf 1,2% gesunken war. Die Staatsverschuldung sinkt nur auf ca. 102,5% des BIP und dürfte 2004 bei 100% liegen.

Die seit Jahren praktizierte Einkommenspolitik – Steuer-senkungen als Gegenleistung für die Zusage moderater Lohnsteigerungen – erzielt im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern nicht die angestrebten Erfolge, da die Löhne notorisch aus dem Ruder laufen. Das erklärt wesentlich den nach wie vor schnellen Preisanstieg; nach Irland der höchste in Westeuropa. Der im Anschluss an das Ende 2001 ausgelaufene Lohntarifabkommen für die Jahre 2002/2003 vereinbarte Rahmenwerk sieht für die Privatwirtschaft folgende Vereinbarungen vor: Im Nicht-Bankensektor steigen die Mindestlöhne 2002 um 4,9% und 2003 um 3,9% oder – und dieser Fall trat ein – um wiederum 4,9%, falls die Inflationsrate höher liegt als unterstellt worden war. Im Finanzbereich vereinbarte man Gehaltssteigerungen um 4,2% in 2002 und um 3,8% in 2003. Infolge einer verschiedentlich nicht unbeträchtlichen Wage-drift und der im öffentlichen Dienst erfolgten Anhebung der Bezüge um rund 7% sind die Löhne pro Beschäftigten im Durchschnitt 2002 um 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% gestiegen. Diese stärkste Erhöhung aller westeuropäischen Länder (der EU-Mittelwert betrug 3%) resultierte in einem Reallohnanstieg um reichlich 3%. Zwar werden die Bezüge der öffentlich Bediensteten heuer und 2004 weniger stark heraufgesetzt als 2002. Aber die vielfach in Verzug geratenen Olympiabauten – wodurch Bauunternehmen und Auftraggeber ordentlich erpressbar werden – heizen vor allem die Baukonjunktur kräftig an, was auch auf die anderen Bereiche ausstrahlt. Die Wage-drift wird folglich heuer kräftig sein und die Durchschnittslöhne auch in diesem Jahr wieder erheblich über den westeuropäischen Durchschnitt heben. 2004, im Jahr der Athener Olympiade, wird man sich keine Lohnstreiks leisten wollen. Daher ist auch dann noch nicht mit einer Dämpfung des schnellen Lohnauftriebs zu rechnen, dem erheblich geringere Steigerungs-raten bei der Arbeitsproduktivität gegenüberstehen.

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen beschleunigt sich wieder etwas, nachdem sie zuletzt an Dynamik einge-

büßt hatte. Einige Privatisierungsvorhaben sind geplatzt (u.a. die Veräußerung von Hellenic Aerospace an den Airbus-Produzenten EADS). Ausländische Investoren zeigten sich sehr zurückhaltend, auch weil das gesetzliche Umfeld als wenig attraktiv gilt und der Staat infolge des starken gewerkschaftlichen Drucks in der Regel erheblichen Einfluss auf die Geschäftsführung privatisierter Unternehmen behalten will. Heuer sollen die zweite Tranche des Elektrizitätsunternehmens DEI sowie 23,1% von Hellenic Petroleum zum Verkauf kommen. Obenan auf der Privatisierungsliste steht ferner die Post (ELTA). Auch wird weiterhin an der Veräußerung des notorischen Verlustbringers Olympic Airlines gearbeitet. Doch scheint ein Erfolg nach wie vor in einiger Ferne zu liegen. Dies nicht nur, weil sich die Gewerkschaften der dann fälligen und mit erheblichen Entlassungen verbundenen Neustrukturierung der Fluglinie widersetzen, sondern weil zwischen EU-Kommission und der griechischen Regierung noch ein Streit um – nach Ansicht der Kommission – ungerechtfertigt erfolgte Subventionen in Höhe von insgesamt 194 Mill. € schwelt, der nun dem Europäischen Gerichtshof vorliegt. Doch auch der Deregulierungs- und Liberalisierungsprozess läuft, soweit er nicht von der EU vorgegeben wird, aus politischen Gründen erheblich langsamer als geboten. Das gilt zumal für die vielfach ineffiziente, aufgeblähte Bürokratie. Ordnungspolitisch besteht also noch erheblicher Nachholbedarf, der so schnell nicht zu beheben sein wird.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um etwa 1%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 3% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 1% ausgedehnt; für die EU ist eine etwa gleich hohe, für den Euroraum eine etwas niedrigere Rate zu erwarten, und in Deutschland steigt es um 1/2%. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 8%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 4%.

Griechenland hat es, anders etwa als Irland und Spanien, nicht verstanden, aus seiner seit 1981 bestehenden EU-Mitgliedschaft etwas zu machen. Bis in die späten neunziger Jahre hinein lagen die wirtschaftlichen Wachstumsraten unter und die Inflationsraten weit über dem westeuropäischen Durchschnitt. Die Leistungsbilanz wies beständig hohe Defizite aus, desgleichen der Staatshaushalt, obwohl seitens

der EU reichlich Mittel flossen zur Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur, zur Stützung der Agrarpreise etc. Die Staatsverschuldung kletterte beständig und überschritt 1993 die Marke von 100% des BIP. Ausländische Investoren machten einen Bogen um das Land; zuletzt belief sich der Zufluss aus Direktinvestitionen auf 1/2% des BIP, für ein aufstrebendes Schwellenland ein viel zu geringer Satz. Ab 1997 hat sich die Lage zwar spürbar gebessert, doch hält diese bezüglich Dynamik und Fundierung keinen Vergleich aus mit Irland und Spanien. In punkto Wirtschaftswachstum befindet sich das Land seither auf der Überholspur, die Teuerungsraten sind drastisch gesunken ebenso wie die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand (infolge der Computerisierung der Finanzämter sind die Steuereinnahmen fünf Jahre lang außergewöhnlich stark gestiegen); in Relation zum BIP geht die Staatsverschuldung ab 1997 zurück. Sehr günstig haben sich zunächst die Bemühungen um Aufnahme in die Euroraum und anschließend die Mitgliedschaft ausgewirkt. Auch erwiesen sich die beträchtlichen Investitionen in die Infrastruktur zuletzt als wachstumsfördernd. Mittelfristig entlasten die im Zuge des entspannteren Verhältnisses zur Türkei weiter sinkenden Rüstungsaufwendungen den Staatshaushalt. Für die Jahre 2003 und 2004 garantieren Vorbereitungen und Durchführung der Olympischen Spiele in Athen ein weiterhin sehr lebhaftes Wirtschaftswachstum. Anschließend fällt dieser wesentliche Investitionsstimulus weg, doch bleibt es bis 2006 bei den hohen Zuflüssen aus EU-Fonds, welche den Rückgang abfedern. Ab 2007 werden diese Mittel jedoch zugunsten der im Mai 2004 beitretenden Länder gekürzt. Dann muss die Volkswirtschaft zunehmend auf eigenen Beinen stehen. Doch sind hierfür noch keine überzeugenden Vorkehrungen zu erkennen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen mit 0,7% weit unter dem EU-Durchschnitt von 1,9% des BIP. Liberalisierung und Deregulierung kommen nicht in einem Maße voran, welches schon in absehbarer Zeit eine nennenswert größere Anziehungskraft auf ausländische Investoren erwarten lässt. Die Gründe hierfür liegen, wie einem Bericht des Griechischen Zentrums für Investitionen (Elke) zu entnehmen ist, in komplizierten und aufwendigen Genehmigungsverfahren, Kompetenzenwirwar, rechtlichen und steuerlichen Unsicherheiten, Inkompetenzen, unzulänglicher Infrastruktur etc. Eine Sanierung der hochdefizitären Sozialversicherung (obwohl mit knapp einem Drittel der Erwerbstätigen der Anteil der Selbständigen weitaus höher ist als in allen anderen OECD-Ländern) ist nicht absehbar, und es ist auch nicht zu erkennen, wie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit mittels moderater Lohnerhöhungen deutlich verbessert werden könnte. Derzeit kann man der griechischen Wirtschaft daher eine nur verhaltene Prognose stellen, selbst wenn der Tourismussektor seine noch ungenutzten Möglichkeiten im bisherigen Tempo nutzen sollte.

Die griechische Konjunktur bleibt auch heuer recht dynamisch und im westeuropäischen Vergleich auf der Überhol-

spur. Stimulierend wirken die ihren Höhepunkt erreichenden Aufwendungen für die Vorbereitung der Olympischen Spiele 2004, die hohen Zuflüsse aus den EU-Fonds, sowie die expansiv wirkende Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Allerdings dämpft die kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und dem Pfund Sterling den konjunkturellen Schwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt, dessen Volumen man wegen der umfänglichen Schattenwirtschaft (Schätzungen sprechen von 30% des BIP, was doppelt so hoch wäre wie die Annahmen für die EU insgesamt) nicht annähernd genau kennt, dürfte um etwa 3% expandieren, wobei auf die Wachstumsverlangsamung im Winterhalbjahr eine allmähliche Beschleunigung folgt. Diese wird wesentlich getragen von der Ausfuhr, welche im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung endlich aus der Rezession heraus findet, sowie den Bruttoanlageinvestitionen, denen die mit Blick auf Olympia 2004 laufenden Baumaßnahmen starken Auftrieb geben. Demgegenüber nimmt der private Konsum in wenig verändertem Tempo zu, und der öffentliche Verbrauch steigt deutlich schwächer als 2002. Der Teuerung bleibt trotz stabilisierend wirkender Einfuhrpreise lebhaft und lässt im Verlauf nur wenig nach, da die Lohnsteigerungen weiterhin deutlich über dem Produktivitätsfortschritt liegen und schon im Vorfeld der Olympiade »Preisanpassungen« vorgenommen werden; die Konsumentenpreise dürften um 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% steigen. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter, und die Arbeitslosenquote sinkt auf 9<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%. Das Defizit der Leistungsbilanz dürfte bei spürbar expandierendem Import sowie günstigeren Terms of Trade eine Größenordnung von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% des BIP erreichen.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. 20% des BIP) dürften sich um knapp 7% erhöhen. Treibende Kraft bleiben die Bauinvestitionen, auf die etwa zwei Drittel des Investitionsvolumens entfallen. Der im Zusammenhang mit der Olympiade zu beobachtende Bauboom erreicht seinen Höhepunkt. Vor allem

in die Olympiabauten sowie in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur wird wesentlich mehr investiert als im Vorjahr. Gleiches gilt für die auf den Großraum Athen konzentrierten Renovierungs- und Neubauaktivitäten im Beherbergungs- und Gaststättensektor. Auch die im Rahmen eines längerfristigen Programms zum Ausbau der Häfen fälligen Investitionen legen vor allem in Piräus und Thessaloniki nochmals zu. Die Bauinvestitionen expandieren lebhaft, aber etwas verlangsamt, angeregt durch günstige Hypotheken, spürbar zunehmende reale verfügbare Einkommen sowie vom günstigen Wirtschaftsklima. Da sich die Mieten für Geschäftsräume allmählich fangen, bessern sich die Perspektiven auch in diesem Segment. Große Bauunternehmen bereiten sich jetzt schon auf das Ende des Baubooms vor und sondieren Möglichkeiten zur Expansion auf dem Balkan und in Osteuropa. Die Ausrüstungsinvestitionen erholen sich infolge günstigerer Zinsen, verbesserter Absatz- und Ertragserwartungen sowie steigender Kapazitätsauslastung. Sie dienen vorwiegend der Rationalisierung, um bei anhaltend kräftigen Lohnerhöhungen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wenigstens einigermaßen zu halten. Zudem sind die Produktivitätsreserven erheblich.

Der private Konsum, auf den rund die Hälfte des BIP entfällt, dürfte um knapp 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%, also fast so lebhaft wie 2002 zunehmen. Zwar wird die Beschäftigung etwa stagnieren. Aber die realen verfügbaren Einkommen erhöhen sich um ca. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%, mitbedingt durch weitere Steuererleichterungen im Zuge der laufenden Steuerreform. Trotz zunächst noch sinkenden Zinsen und günstiger Konjunktorentwicklung ist mit einer bei ungefähr 19% stagnierenden Sparquote zu rechnen. Dauerhafte Güter werden weiter bevorzugt gekauft. Der Boom bei Einrichtungsgegenständen lässt allerdings infolge des etwas weniger stürmisch expandierenden Wohnungsbaus etwas nach, und der Markt für Mobiltelefone zeigt Sättigungerscheinungen. Aber der Absatz von Personenautos dürfte nach zweijährigem Rückgang wieder ausgeweitet wer-

**Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten**  
– in % –

|  | 2001  | 2002 <sup>a)</sup> |                    | 2003 <sup>a)</sup> |                    |                    | 2004 <sup>a)</sup> |                    |  |
|--|-------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--|
|  |       | EU <sup>c)</sup>   | KEPE <sup>b)</sup> | EU <sup>c)</sup>   | OECD <sup>d)</sup> | KEPE <sup>b)</sup> | EU <sup>c)</sup>   | OECD <sup>d)</sup> |  |
| Bruttoinlandsprodukt                         | 4,1   | 4,0                | 3,3                | 3,6                | 3,6                | 3,9                | 3,8                | 3,9                |  |
| Inlandsnachfrage                             | 3,1   | 3,9                | 3,6                | 3,3                | 3,7                | 3,6                | 3,6                | 3,5                |  |
| Privater Verbrauch                           | 2,9   | 2,5                | 2,5                | 2,3                | 2,7                | 3,1                | 3,0                | 2,9                |  |
| Staatsverbrauch                              | - 0,9 | 6,2                | 2,5                | 1,4                | 0,0                | 2,3                | 1,0                | 0,2                |  |
| Bruttoanlageinvestitionen                    | 5,9   | 6,7                | 7,1                | 7,9                | 8,6                | 6,5                | 6,7                | 6,8                |  |
| Exporte <sup>e)</sup>                        | - 1,6 | - 4,5              | 1,0                | 2,7                | 2,9                | 7,7                | 6,8                | 7,3                |  |
| Importe <sup>e)</sup>                        | - 3,4 | - 2,7              | 2,6                | 1,8                | 3,3                | 5,6                | 5,4                | 5,2                |  |
| Industrieproduktion (ohne Bau)               | 1,4   | 0,3                | n.a.               | n.a.               | n.a.               | n.a.               | n.a.               | n.a.               |  |
| Konsumentenpreise (HVPI)                     | 3,7   | 3,9                | 3,5                | 3,8                | 3,4                | 3,0                | 3,5                | 3,5                |  |
| Arbeitslosenquote                            | 10,4  | 9,9                | n.a.               | 9,5                | 9,5                | n.a.               | 9,2                | 9,1                |  |
| Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>        | - 4,4 | - 4,7              | - 4,3              | - 3,9              | - 6,2              | - 3,9              | - 3,2              | - 5,8              |  |
| Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup> | - 1,4 | - 1,2              | - 1,5              | - 1,1              | - 1,0              | - 1,7              | - 1,0              | - 0,7              |  |

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Centre of Planning and Economic Research, Athen, vom April 2003. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom März 2003. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom April 2003. – <sup>e)</sup> Güter- und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

den. Der Staatsverbrauch (ungefähr 15% Anteil am BIP) steigt um  $2\frac{3}{4}\%$ . Die Bezüge der öffentlich Bediensteten nehmen zwar nicht mehr so exorbitant wie in den Vorjahren, aber immer noch deutlich zu, und es erfolgen im Vorfeld der olympischen Spiele zusätzliche Einstellungen von Personal.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP etwa 22%) dürfte um 2% steigen. Es erhöhen sich nicht nur die Warenlieferungen dank der allmählichen konjunkturellen Erholung in Westeuropa und dem fortgesetzten Aufschwung in Mittel- und Osteuropa, sondern auch die Einnahmen aus dem Ausländertourismus und aus der Seeschifffahrt – sie trägt fast 5% zur Wertschöpfung bei und ist einer der wichtigsten Devisenbringer –, die im weltwirtschaftlichen Aufwind segelt (etwa 95% der Frachtschifflotte verdient ihr Geld im Verkehr zwischen Drittländern). Infolge des geringen Anteils der in den Dollarraum gehenden Exporte schlägt die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar nicht nennenswert zu buche. Bedenklicher ist schon die infolge der hohen Preissteigerungen weiter sinkende preisliche Konkurrenzfähigkeit, die allmählich auch für den Tourismussektor (er hält einen Anteil am BIP von rund 9%) gefährlich wird, besonders wenn die Türkei mit der Beruhigung im Nahen Osten wieder einen höheren touristischen Stellenwert erlangt. Auch die **Einfuhr** (Anteil am BIP rund 30%) findet im Zuge der lebhaft zunehmenden Inlandsnachfrage aus der Rezession heraus und steigt etwa im Rhythmus des Exports. Trotz verbesserter Terms of Trade dürfte die **Leistungsbilanz** einen Passivsaldo in der Größenordnung von  $4\frac{1}{2}\%$  des BIP ausweisen, bedingt durch das strukturell sehr hohe Defizit der Handelsbilanz.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Situation erneut, wenn auch nur wenig. Die Beschäftigung wird nur langsam zunehmen, da sich die Wirtschaft angesichts rigider Kündigungsregeln und hoher Lohnsteigerungen mit Personalaufstockungen zurückhält und die Rationalisierung forciert. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres lediglich auf  $9\frac{1}{2}\%$  sinken, auch weil die Erwerbsbevölkerung bei anhaltender Zuwanderung weiter wächst. Die Teilzeitarbeit ist auch hier weiter auf dem Vormarsch. Allerdings sind die Statistiken bezüglich Beschäftigung und Erwerbspersonenpotential wenig verlässlich. Dies auch weil Griechenland, bis vor kurzem ein klassisches Auswanderungsland, vor einigen Jahren netto zum Einwanderungsland geworden ist. Die Zahl der dort ganz überwiegend illegal lebenden und üblicherweise in Baugewerbe und Landwirtschaft beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte wird auf ungefähr eine Million geschätzt. Hiervon kommen rund zwei Drittel aus Albanien, woher seit dem Ende des Mittelalters Arbeitsemigranten nach Griechenland kommen, und zu gut einem Fünftel aus Mittel- und Osteuropa.

Trotz der kräftigen Verteuerung von Rohöl und Nahrungsmitteln sind die Preise während der ersten Monate stabil geblieben, weil auf anderen Gebieten Verbilligungen registriert wurden. Anschließend werden die Preise wieder spürbar

steigen, obwohl der Ölpreis weiter sinkt. Denn die Konjunktur bleibt lebhaft, die Löhne erhöhen sich kräftig, der Wettbewerb spielt ungenügend, und schon im Vorfeld der Olympiade kommt es zu Preiserhöhungen bei Hotels und Gastronomie. Die **Konsumentenpreise** dürften um  $3\frac{1}{2}\%$  über dem Niveau von 2002 liegen, wobei etwa 2 Prozentpunkte allein auf den zu Jahresbeginn bestehenden Überhang entfallen. Das ist wieder eine der höchsten Inflationsraten in Westeuropa, obwohl u.a. die inflationären Effekte der Euro-Bargeinführung von 2002 entfallen.

### Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 3%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um  $1\frac{1}{4}\%$  zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um  $3\frac{1}{4}\%$ . In **Westeuropa**, der EU und im Euroraum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um  $2\frac{1}{4}\%$ ; in Deutschland expandiert es um  $1\frac{3}{4}\%$ . Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 23 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von  $7\frac{1}{4}\%$  ausgeweitet werden.

In **Griechenland** verstärkt sich der konjunkturelle Aufwind im Laufe des Jahres spürbar, hauptsächlich stimuliert vom Export im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs und immer noch kräftig gestützt von den Bruttoanlageinvestitionen. Auch der private Verbrauch gewinnt etwas an Tempo. Von der Wirtschaftspolitik kommen nur noch schwache Impulse. Zwar wirkt die Geldpolitik weiter stimulierend, aber mit abnehmender Tendenz. Der Lohnanstieg lässt später etwas nach. Die Finanzpolitik ist etwa konjunktural neutral ausgerichtet. Und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bremst, wiewohl die retardierenden Effekte allmählich schwächer werden. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um reichlich  $3\frac{1}{2}\%$  zunehmen. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Lage trotz anhaltend lebhafter Immigration erneut günstiger. Die Beschäftigung steigt etwas, und die Arbeitslosenquote sinkt auf  $9\frac{1}{4}\%$ . Der Preisauftrieb, wesentlich bedingt durch Lohnanstieg und Olympiade, bleibt lebhaft und deutlich stärker als im westeuropäischen Durchschnitt; im Schnitt des Jahres erhöhen sich die Konsumentenpreise um  $3\frac{1}{2}\%$ . Das Passivum der Leistungsbilanz dürfte auf eine Größenordnung von 4% des BIP zurückgehen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen dürfte sich in einer Größenordnung von  $6\frac{1}{2}\%$  erhöhen, wobei der wesentliche Schub von den Dienstleistungen – namentlich vom Ausländertourismus und der Seeschifffahrt – kommt, und weni-

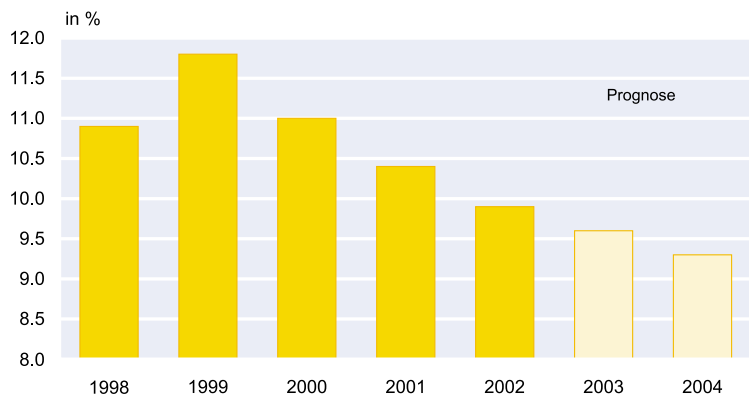


ger von den Warenlieferungen. Zwar erholt sich die Konjunktur auch im Euroraum, also auf dem wichtigsten Markt für den Absatz von Gütern. Aber die Dynamik ist nicht stark, und die preisliche Konkurrenzfähigkeit griechischer Produkte nimmt vor allem lohnkostenbedingt nochmals ab. Letzteres gilt umso mehr für den Export in die Dollar-Zone infolge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Aber für den Ausländertourismus mit seinem beträchtlichen Anteil am BIP ist ein Boom zu erwarten, da sich die Olympischen Spiele als starker Magnet erweisen werden und die günstigere Konjunkturlage in den wichtigsten Herkunftsländern die Reiselust der Bevölkerung stimuliert. Die ebenfalls als Devisenbringer mit bedeutendem Beitrag zur griechischen Wertschöpfung wichtige Seeschifffahrt bekommt vom weltwirtschaftlichen Aufschwung Rückenwind. Da nun auch der Import im Sog der kräftiger expandierenden Inlandsnachfrage ordentlich zulegt, dürfte das Defizit der Leistungsbilanz trotz nochmals verbesserter Terms of Trade nur auf eine Größenordnung von 4% des BIP zurückgehen.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** lässt der Schwung zwar nach, bleibt aber immer noch beträchtlich. Mit 6% ist die Zuwachsrate nach wie vor noch hoch, zumal im westeuropäischen Vergleich. Der Boom bei den unmittelbar der Olympiade dienenden Bauten läuft in der ersten Jahreshälfte aus. Doch werden die Infrastrukturinvestitionen erneut erheblich ausgeweitet, zumal viele Projekte nicht rechtzeitig zur Olympiade fertig werden dürften und die bis 2010 terminierte Erweiterung des Athener Metro-Netzes erst jetzt voll in Gang kommt. Hinzu addieren sich die Impulse von langlaufenden öffentlichen Investitionsprogrammen (z.B. das 2003 begonnene und bis 2010 reichende Programm zum Ausbau und zur Modernisierung der Häfen mit Schwergewicht bei den 94 wichtigsten Anlegeplätzen). Im Wohnungsbau lässt der Boom spürbar nach – teils weil ein erheblicher Teil der Nachfrage gedeckt worden ist, teils weil im Verlauf des Jahres die langfristigen Zinsen wieder steigen. Der gewerbliche Bau erholt sich allmählich, doch dürfte der Schwung schon im zweiten Halbjahr wieder nachlassen. Dann nämlich sind alle mit Blick auf die Olympiade in Angriff genommenen Projekte (Hotels, Restaurants, Büroraum etc.) realisiert. Allerdings nehmen nun die industriellen Bauinvestitionen nach längerer Durststrecke langsam zu. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie liegt nämlich seit 2003 spürbar über dem langjährigen Durchschnitt, so dass neben der nochmals forcierten Rationalisierung zunehmend auch Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, zusätzlich stimuliert von günstigeren Absatz- und Ertragsprognosen.

Der **private Konsum** dürfte um reichlich  $2\frac{3}{4}\%$  ausgeweitet werden, im Wesentlichen getragen von Realloohnerhöhun-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

gen und dem Anstieg der Beschäftigung, während weitere Steuerentlastungen keine nennenswerte Rolle mehr spielen. Angesichts der in den letzten Jahren stark ausgeweiteten und auf einen hohen Grad gestiegenen Verschuldung mit Verbraucherkrediten ist auf diesem Gebiet mit einem verlangsamttem Wachstum und bremsenden Effekten auf die Konsumausweitung zu rechnen. Die Sparquote dürfte bei 20% stagnieren. Dauerhafte Güter werden nach wie vor überdurchschnittlich gekauft. Allerdings lässt bei Einrichtungsgegenständen infolge des langsamer expandierenden Wohnungsbaus die Dynamik weiter nach, bleibt aber immer noch beträchtlich. Die Aufwärtstendenz bei Personenaautos dürfte sich fortsetzen, u.a. angeregt von dem billiger gewordenen Treibstoff. Der **öffentliche Verbrauch** nimmt vermutlich wieder in einer Größenordnung von  $2\frac{1}{2}\%$  zu.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage bis in den Sommer hinein. Die Beschäftigung wird weiter ausgeweitet, u.a. mittel- und unmittelbar bedingt durch die Olympiade. Anschließend entfällt dieser Faktor, und es kommt verschiedentlich zu Freisetzungen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Beschäftigten um  $\frac{3}{4}\%$  zunehmen. Die Arbeitslosenquote sinkt indes nur auf  $9\frac{1}{4}\%$ , weil die Zuwanderung anhält und die Erwerbsbevölkerung steigt.

Der Preisauftrieb wird sich kaum abschwächen, so dass die **Konsumentenpreise** mit wiederum  $3\frac{1}{2}\%$  im Jahresdurchschnitt nach Irland den stärksten Anstieg in Westeuropa verzeichnen, obwohl die Einfuhrpreise weiterhin stabilisierend wirken. Inflationär wirken nicht nur die kräftigen Lohnerhöhungen, sondern auch die lebhaftete Konjunktur im Allgemeinen sowie die Olympiade im Besonderen.

Abgeschlossen am 21. Mai 2003